

Paibacher Zeitung.



Nr. 84.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Mittwoch, 15. April

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20 u. s. w. Insertionsbettel jedesmal 30 kr.

1874.

Nichtamtlicher Theil.

Die confessionelle Frage

nimmt die ganze öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch, ein seltener Kampf tritt bei Behandlung derselben zu Tage.

Die „Montags-Revue“ schreibt hierüber an leitender Stelle:

„Von kirchlicher Seite wie von staatlicher wird dieser Kampf im Namen der Freiheit geführt. Wo der Staat in natürlicher Erfassung seiner Aufgaben zur Feststellung des eigenen Rechtskreises schreitet, erblickt die kirchliche Hierarchie die Uebung brutalen Zwanges und ein System willkürlicher Gewaltthat. Auch der geistliche Kirchenfürst, der an der Spitze der Erzbischöfe steht und der sich des begründeten Rufes tiefer Verehrung und staatsmännischer Einsicht rühmen darf, findet kaum einen andern Maßstab für die vorwärts strebenden Kräfte der Staaten, als den ihrer Selbstüberhebung und des Mißbrauches ihrer Macht. Ihm ist der Polizeistaat, nicht der Rechtsstaat, der in diesem Streite übermüthig seine Waffen erhebt.“

Sollte man nicht meinen, nur die Kirche bezeichne den Ort echter Völkerei und sie erschließe ihre Vortoren den wirklichen Interessen der Menschheit, die der Staat in schwere Fesseln geschlagen und ihrer freien Betätigung beraubt hat? Sollte man sich nicht dem Glauben hingeben, es sei etwas Wahres um jene alles überschneidenden Machtansprüche des Staates, denen nur die Kirche das Gegengewicht zu halten und sie in gesessenen Schranken zurückzudrängen vermag? Sollte man nicht vermuthen, gerade die katholische Kirche des XIX. Jahrhunderts erfülle die Verheißungen, mit denen das Papstthum einst seine universalen Tendenzen begründete und seine Suprematie über die Staatsgewalten in Anspruch genommen hat?

Und dennoch darf gerade für die neueste Entwicklung der Kirche das Gegentheil behauptet werden. Von welchem Standpunkte immer man die Verhandlungen des letzten Concils und die Definition jenes Dogmas betrachtet mag, das so schwere Conflict für das öffentliche Leben aller europäischen Staaten geschaffen hat, gewiß ist, daß sie der Ausdruck eines absolutistischen Geistes sind, wie er seit den großen Kämpfen zwischen Papstgewalt und Concilargewalt äußerlich wenigstens kaum mehr zum Vorschein gekommen war. Es genügt nicht die Vernichtung einer uralten Kirchenverfassung, die dem Papste das Episcopat an die Seite stellte. Es fehlen nicht ausreichend zu sein, daß man die berechtigten Interessen kirchlicher Autonomie in einem Systeme starrer Centralisation ersetzte, das Individuelle jedes Rechtes das Selbstständige jeder Entwicklung beugte und be-

seitigte. Alle kirchliche Gewalt mußte in eine Hand gelegt, alle Entscheidung in den Fragen des Glaubens und des Gewissens in einen Mittelpunkt gelenkt werden. Die päpstliche Unfehlbarkeit war die absolutistische Krönung des Gebäudes der Kirchenverfassung, die Aufhebung des Begriffes der Freiheit, das Widerspiel der Achtung jener menschlichen Interessen, welche die Kirche geradezu in ihrem Schooße geborgen zu haben vorgibt.

Dem freihheitlichen Vorwärtstreben der Staaten begegnet also eine Entwicklung der Kirche, die allerdings an alte Traditionen anknüpft, aber an Traditionen, die man für erloschen halten, deren Wiederaufleben man eben gegenüber der Entfaltung des Staatsbegriffes zum mindesten als unwahrscheinlich betrachten mußte. Was die Theorien des Gregor und Innocenz geschaffen und die Praxis zurückgenommen hatte, erscheint jetzt mit der Gloriole und der zwingenden Macht des Dogmas ausgestattet, rechtsverbindlich für die Staaten, wie für die Einzelnen. Rom selbst hat die Wege des Compromisses abgeschnitten. Es vermag nicht mehr zu pactieren, wo es nur unfehlbar entscheiden kann. Vom kirchlichen Standpunkte selbst ist ein Concordat unmöglich geworden, das anderes enthielte als die bedingungslose Unterwerfung des Staates. Gerade durch die Kirche ist letzterer auf das Gebiet der freien und selbstständigen Ordnung dieser Fragen gedrängt worden.

Wir vermochten die großen Gesichtspunkte, die sich aus dieser Betrachtung ergeben, hier nur flüchtig anzudeuten; — in der Debatte des Herrenhauses sind sie in heller Beleuchtung hervorgetreten. Abermals hat sich das Herrenhaus als eine der hervorragendsten Institutionen unseres öffentlichen Lebens erwiesen.

Daß das Herrenhaus, seinen Traditionen getreu, auch diesmal den confessionellen Gesetzen zustimmt, ist eine entschiedene Sache, obwohl in der liberalen Partei gar seltsame und bisher nicht vorgekommene Lücken constatirt werden müssen. Während die Feudalpartei selbst Declaranten heranzuziehen mußte, fehlen auf der freisinnigen Seite des Hauses Männer, welche der Regierung nicht bloß Sitz und Stimme, Aemter und Würden verdanken, sondern, welche nie genug mit ihrer Freisinnigkeit prunken konnten. Trotzdem wird das Gesetz angenommen und der Rechtsstaat weiter organisiert werden, während der Kirchen- und Religionsstaat sich auf Schritt und Tritt als unhaltbar und unmöglich erweist.“

Reichsrath.

12. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 10. April.

Se. Durchlaucht der Herr Präsident Fürst Karl Auerperg eröffnet um 11 Uhr 40 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auerperg, Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Lasser, Dr. Vanhans, Dr. v. Stremaier, Dr. Glaser, Dr. Unger, Ritter v. Schlumbeck, Freih. v. Pretis, Oberst Horst und Dr. Ziemiatkowski.

Fürst Carlos Auerperg eröffnete um halb 12 Uhr die Sitzung. Er hält dem verstorbenen Mitgliede, H.M. Baron Mertens eine warme Nachrede, das Haus erhebt sich, und der Präsident ladet hierauf die neu eingetretenen Mitglieder, Erzbischof Vendella und Graf Czernin ein, die Angelobung zu leisten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzes über die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche.

Die Generaldebatte wird eröffnet. Für die Majorität des Ausschusses erstattet R. v. Hasner den Bericht.

Gr. Falkenhahn verliest das Minoritätsvotum und hält eine ziemlich lange Rede zu dessen Begründung, nachdem dies die Anschauung der conservativen Partei, die Ueberzeugung der 18 Millionen katholischer Staatsbürger sei. Die Minorität beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Der Präsident bemerkt, dieser Antrag sei schriftlich einzubringen, nachdem er im Berichte nicht enthalten ist.

Cardinal Rauscher ergreift das Wort, um damit zu beginnen, daß Europa nach 30 Jahren der Ruhe in Deutschland aufgeschreckt wurde, weil man die katholische Kirche in Preußen knebelte, über die Diener der Kirche Kerker- und Gefängnisstrafen verhängte. Wenn mit den Rabbinern in der Türkei oder in Rumänien nur der zehnte Theil dessen geschehen wäre, so würde ein Schrei der Entrüstung erhoben und von der Diplomatie gebieterisch verlangt worden sein, daß solche unerhörte Acte der Intoleranz rückgängig gemacht werden. Es soll fortan in Oesterreich kein Kirchengesetz mehr geben, sondern nur kirchliche, innerhalb der staatlichen Gesetze geltende Vorschriften. Es wird wohl gesagt, daß die inneren Angelegenheiten nicht berührt werden sollen, aber der Staat behält sich vor, die Grenze zwischen inneren und äußeren Angelegenheiten nach eigenem Erweisen und ohne alle vorgängige Berathung mit den berufenen Factoren festzustellen. Der Cardinal geht sodann zu einer Kritik der Motive des kirchenpolitischen Gesetzes über. Der Grundsatz von der Staatsouveränität bedeute die Rückkehr zu der Philosophie des Spinoza, welche gebiete, dem, der die höchste Gewalt hat, auch dann zu gehorchen, wenn er das Unsinnsigste befehle. Das heiße: Macht ist Recht.

Feuisseton.

Die Schauspieler.

Eine Erzählung von Wilhelm Marsano.

(Fortsetzung.)

XIV.

„Der Mann“, fuhr Wiesel fort, „hat schon viel Unglück erlebt, so daß die Worte seiner Frau fast wahr geworden. Entweder stolpert er beim Auftreten, oder beim Abgehen, oder er kommt zu spät, oder zu früh, gewöhnlich aber wiederholt er die wenigen Worte, die er zu reden hat, vor dem Anfange des Stückes immerwährend hinter den Coulissen, wenn er aber auftritt und sie sagen soll, hat er sie gewöhnlich vergessen. Der Director hätte ihn auch schon lange nicht mehr spielen lassen, da er aber die Beleuchtung gratis liefert, so muß man schon ein Auge zudrücken.“

Die Unterhaltung war indeß immer lauter geworden. Herr Tausendschön aber war auf seinem Sessel selig eingeschlafen. Madame Leidenqual hatte ihren Schmerz im Leben hingab und tanzte mit Rosenfrisch ein Pas de deux, bei welchem letzter gegen sie sehr zärtlich that, um Aurora zu ärgern, welche aber keine Notiz davon nahm und sich sehr mit Fritz beschäftigte, der sich am Ende gar nicht mehr Rath wußte, da Aurora Gurli immer terrunkte“, und der Director declamierte den Monolog „Sein oder nicht sein“ ohne weiter als bis in die

Halste kommen zu können und fing immer wieder von Borne an.

Wiesel aber ärgert die Friedenstaube Madame Leidenberger sehr, weil er ihr die Versicherung gab, daß Aurora die Rolle der Amalia in den Räubern das nächste mal spielen werde, indem sich der Consul Dirigens ihrenthalben beim Director verwende, dem Rosenblüth es nicht abschlagen dürfe.

So hatte niemand auf den schlafenden Tausendschön acht, welcher wahrscheinlich in der Idee, daß er hier im Bette liege, das Tischluch erfaßte und es plötzlich über sich, wie eine Decke zog, so daß die ganze Besetzung der Tafel folgte und eine Masse von Tellern und Schüsseln, so wie alle Flaschen mit ihrem feuchten Inhalte unter furchtbarem Lärm herabstürzten und ihre farbigen Fluthen über die näher Sitzenden ergossen.

Die Friedenstaube sprang auf, und ihren römischen Falkenwurf vergebend, hob sie die Hände jammend empor, indeß aus der rothen Hülle mehrerer Bratentheile und Flaschen zur Erde stürzten, welche sie dort wie ein Hamster verborgen gehalten.

Aurora warf schreiend eine halbe Hammelkeule von ihrem Schooße, wo diese ihre Zuflucht gefunden, da erwachte Tausendschön und blickte kläglich auf seine gelben Modesten, wo die stürzende Fluth die größten Verheerungen angerichtet. Das fabelhafte weiße Gewand der Friedenstaube spiegelte in allen Farben, wie ein verschwimmender Regenbogen. Wiesel aber spazierte bedauernd auf der Wahlstatt umher, indeß der Saum seines langen Schlafrocks, ohne daß er es zu bemerken schien, alle Feuchtigkeit vom Boden in sich sog, so daß der Falkenwurf immer schwerer und härter wurde, wie bei alt-deutschen Bildern.

Es entstand ein allgemeiner Tumult und Aufbruch. Der Zorn aller bei dem Einsturze Theilhabenden ergoß sich über Tausendschöns gebeugtes Haupt, welcher trostlos über das verunglückte Prachtstück seiner Garderobe die Hände rang.

Der Director aber declamierte immer lauter „Schlafen, vielleicht auch träumen? — Da liegt.“ — Lebermeyer konnte mit der Freude, welche ein schöner Götterfunke, nicht fertig werden, Wiesel aber parodierte die letzte Strophe: „Brüder, hier liegt unser Held, der das Unheil angerichtet.“ Fritz aber schlich seufzend fort, um den Wirth für seine zerbrochenen Opferschalen zu befriedigen.

So war der Tag herangekommen, wo Fritz in der Schuld, wie es bestimmt war, auftreten sollte. Früh schon verkündete lauter Trommelschlag des städtischen Rathsbieners dies neue und erfreuliche Ereignis allen Bewohnern und respectiven Theaterfreunden. Große, neu-geschriebene Bettel wurden ausgeheilt.

Fritz war als er den Bettel las, ganz außer sich. Wo waren seine hohen Begriffe von den Verhältnissen, in welche er getreten! Obwohl er aus all' dem Hervorgegangenen die traurige Stellung der ihm von Rosenblüth so hoch gerühmten Gesellschaft anerkannte, und er die Lage bemitleidete, in welche seine Kollegen gekommen, so hatte er doch bei ihnen irgend eine Begeisterung für das Schöne, irgend einen Anklang von Kunstsinne vermuthet, so aber erkannte er die traurige Wahrheit, daß hier nicht die Kunst, sondern das Handwerk nach Brod ging. Er war zu sehr seinem neuen Stande mit Liebe zugethan, um hier das lächerliche bloß lächerlich zu finden, wie Wiesel es that, sondern er fühlte die ganze Entwürdigung seines Berufes und seines selbst als Mensch

Cardinal Rauscher fuhr fort, von Italien und Preußen zu sprechen, wo schlimmes verübt wurde; allein man erstrebte und erreichte damit große politische Vortheile. Die österr. Regierung habe keinen Grund zu Angriffen auf die katholische Ueberzeugung. Man spreche von Ausfüllung der Lücke seit Aufhebung des Concordats. Es gebe keine Lücke, sondern man wolle Raum schaffen für neue Gesetze. Das Patent vom 5. November 1855 habe heute noch Gesetzeskraft und durch dessen Fortdauer werde der Regierung nichts entzogen, den Katholiken aber bleibe es erspart, die Aufhebung des Concordats vom Herrenhause bestätigt zu sehen. Seit 1867 sehen die Katholiken nach der Anschauung des Cardinals im Reichsrath eine Gefahr für ihre heiligsten Interessen. Der Haß gegen Gott und die ewige Wahrheit trete unverhüllt hervor; das Christenthum zu zerstören werde dennoch nicht gelingen, aber gelingen kann es, Oesterreich zu zertrümmern.

R. v. Tschabuschnigg spricht für die Annahme der Gesetzentwurf, welche den Rechten der Kirche nicht im entferntesten nahe trete. Das Concordat sei hin-fällig geworden, als erloschen zu betrachten.

Cardinal Fürst-Erb. Tarnoczy findet den Gesetzentwurf im Widerspruch nicht allein mit der katholischen Wahrheit, sondern auch mit den Forderungen der Gerechtigkeit.

R. v. Arnetz bestreitet, daß diejenigen, die zugunsten des Gesetzes stimmen, ihre Pflicht als Katholiken verlegen, freilich erfüllen sie zugleich ihre patriotische Pflicht. Man beherzige an der Hand der Geschichte die Irrthümer und Fehler der Vorfahren, mögen sie Katholiken oder Protestanten gewesen sein. In der ganzen Gesetzentwurf sei kein Satz im Widerspruch mit der Glaubenslehre und der katholischen Kirche geschehe keinerlei Eintrag. Die Gefahr, von der Cardinal Rauscher gesprochen, liege in der Aufreizung des Episcopats gegen die Staatsgewalt. Der Redner kommt auf Kaiser Josef zu sprechen, den man als Feind der Kirche schildere. Er war im Gegentheil besorgt, für das wirkliche religiöse Bedürfnis seiner Unterthanen zu sorgen. Seine Vorgängerin, die glorreiche Maria Theresia ging von ähnlichen Anschauungen wie ihr Sohn aus, doch ihr standen die vornehmsten Bischöfe des Reiches an der Seite. Und ihnen reichte sich einer der illustresten Männer Oesterreichs an, Fürst Kaunitz, der den heutigen Adelsgeschlechtern zum Beispiel dienen sollte.

Cardinal Fürst Schwarzenberg, die Prinzipienfrage hintansetzend, sprach von einer Territorialkirche und daß durch die Vorlage das Pfarramt zu einem Staatsamte „herabgewürdigt“ werde.

Schlagerfertig erwiderte der Professor an der wiener Universität Hofrath Leopold Ritter v. Neumann: Gegen die mittelalterliche Theorie, daß der Kaiser mit seinem weltlichen Schwerte in dem erborgten Glanze des Papstthums stehe, habe sich schon das Mittelalter empört. Er halte die Aufhebung des Concordats vom völkerrechtlichen Standpunkte aus für vollkommen begründet. Die Drohung, die katholischen Völker würden auf die Aufhebung des Reichsrathes dringen, weil die vorliegenden Gesetze hinübergreifen auf das katholische Gebiet, halte er für ganz unmotiviert. Auch die Kirche muß den Anforderungen der Zeit und des Fortschrittes entsprechen, ihre Mission sei, im Geiste der Liebe und der Versöhnung zu wirken.

Fürstbischof Gasser von Brixen verwirft das Gesetz vom politischen und kirchlichen Standpunkte, denn es schaffe ein Schisma. In confessionellosen Staaten wie Belgien und Nordamerika beschränke man sich in

den äußeren Angelegenheiten der Kirche auf die Frage, wie weit sie der Staat in Schutz nehmen soll. Die katholische Kirche werde durch dieses Gesetz zu einer tolerierten Confession degradirt.

Nun steht der prager Universitätsprofessor Ritter v. Höfler für das Gesetz auf. Er schildert den Jammer der „katholischen Gelehrten“ von dem Augenblick an, wo sie sahen, daß der ganze innere Grund ihres Glaubens und Wissens plötzlich in Frage gestellt wurde. Er widerlegt die der deutschen Wissenschaft gemachten Vorwürfe und zeigt, daß die Historiker imstande seien, einem Irrthum zu begegnen, wo sie ihn treffen. Nach längeren historischen Erläuterungen schließt Redner unter großem Beifall damit, daß es ein conservatives Interesse sei, so weit man als Katholik immer gehen kann, der Regierung die Hand zu reichen.

Fürstbischof Wierh hält das Gesetz für unangemessen und perhorrescirt die Einflußnahme des Staates auf Ein- und Absetzung der Geistlichen, wodurch die Lust zum Priesterstande immer geringer werden wird.

13. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 11. April.

Se. Durchlaucht der Herr Präsident Fürst Karl Auerberg eröffnet um 11 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Se. Durchlaucht der Herr Ministerpräsident Fürst Adolf Auerberg, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Freiherr v. Lasser, Dr. Banhans, Dr. v. Stremaier, Dr. Glaser, Dr. Unger, Ritter v. Schlumbeck, Freih. v. Pretis, Oberst Horst und Dr. Ziemialowski.

Fürstbischof Stepischnegg wiederholt die Lehrmeinungen seiner Vorredner. Neu war die Erklärung, daß der Herr die Hierarchie eingesetzt, sie mit unveräußerlichen Rechten und Pflichten ausgestattet habe.

Ihm folgte der einstige Universitätsprofessor und spätere Justizminister, der berechtete Freiherr v. Hye mit glänzender wissenschaftlicher Rede. Es sei der Einwurf gemacht worden, daß der Weg des Einverständnisses mit der Kirche nicht betreten worden. Aber schon 1861 und 1862 wurde ein Bischof nach Rom gesendet, im Jahre 1867 officiell Stellung genommen und im Jahre 1868, als das Abgeordnetenhaus auf Umgestaltung des Concordats drang, wurden nach einander geistliche und weltliche Abgesandte nach Rom geschickt. Die Kurie blieb taub, und auf die Sanction der damaligen confessionellen Gesetze folgte die berühmte Allocution, auf diese das vaticanische Concil. Damit war jede Brücke abgebrochen. Und jetzt ist die Enchirlea vom 7. März die Antwort auf diese Gesetzentwurf. Der Protest gegen die einseitige Aufhebung des Concordats erscheine ihm heute wegen der veränderten Stellung des einen Contrahenten als juridischer Nonpens. Die Regierung lehre nur zu dem zurück, was Jahrhunderte lang in Oesterreich zu Recht bestand. Der Redner citierte eine Reihe von Rescripten österreichischer Regenten seit Maximilian I., darunter auch Ferdinand II., bis zur Kaiserin Maria Theresia, wodurch jeder kirchliche Eingriff in die Gerechtsame des Staates zurückgewiesen wurde. Hye weist an der Hand einzelner Paragraphen die Mäßigung und Rücksichtnahme der Gesetzentwurf nach. Er appelliert an die Vernunft und ewige Wahrheit.

Es sprechen die Fürsten Const. Czartoryski gegen, Graf Hartig für das Gesetz.

Die Rede des Grafen Anton Auerberg theilten wir im gestrigen Blatte mit. Hierauf Schluß der Debatte.

Als Generalredner ist Graf Leo Thun gegen, Baron Lichtenfels für das Gesetz. Ersterer will das Gesetz so wenig wie möglich von seinem politischen Standpunkte bekämpfen. Dennoch spricht er über die feudale Ansicht der Erstarkung des Thrones und sagt das Wort „Rechtsstaat“ gehöre zu den modernen Schlagworten, man gehe vom doctrinären Standpunkte aus, wodurch wir aus einem Staatsstreich in den anderen verfallen und aus einer Reihe von Zwangslagen nicht herauskommen. Zur Sache bringt Redner nichts neues, packendes vor. Verhandlungen mit Rom, darin gipfelnde Argumente der Clericalen Partei.

Die Rede des Freiherrn v. Lichtenfels bringen wir an anderer Stelle.

Parlamentarisches.

Wir bringen nachfolgend die Rede des erleuchteten greisen Staatsmannes Freiherrn v. Lichtenfels, gehalten in der 13. Sitzung des österreichischen Herrenhauses zugunsten der confessionellen Vorlagen:

„Ich möchte mir die Bemerkung erlauben, daß Proteste gegen die Verfassung in diesem Hause niemals als wirksam betrachtet worden sind und daß derjenige, der in diesem Hause erscheint, die Gültigkeit der Verfassung anerkennt, weil es ein nicht zu rechtfertigender Widerspruch ist, in einer Versammlung Sitz und Stimme zu haben, ohne die Gültigkeit derselben anzuerkennen.“

Es wird behauptet, daß das Concordat noch immer zu Recht bestehe und das Abweichen von demselben einen Vertragsbruch in sich schließe. Ich könnte diese Einwendung kurz damit erwidern, daß ein Streit darüber einmüßiger ist, weil die Zulässigkeit der Abweichung vom Concordate bereits in der Verhandlung über das Ehe- und Schulgesetz reiflich erwogen und in bejahendem Sinne entschieden worden ist.

Die Gegner lassen der Staatsgewalt das Recht unbestritten, allen übrigen Institutionen, ja sogar allen übrigen Confessionen nach ihrem Gutbefinden ihr Rechtsgebiet zu bestimmen. Eine Ausnahme für die katholische Kirche kann aber nur in der Voraussetzung behauptet werden, daß die Rechte der katholischen Kirche göttlichen Ursprunges sind. Man beruft sich zur Begründung dessen auf mehrere Schrifttexte, und zwar auf den Ausspruch des heiligen Stiefers unserer Religion: „Mir ist alle Gewalt gegeben auf der Erde und im Himmel“, und seinen weiteren Ausspruch an die Apostel: „Wie mein Vater mich gesendet hat, so sende ich Euch“.

Ich bin weit entfernt, diese Schrifttexte bestreiten zu wollen. Es mündert mich aber, daß man bei Gelegenheit dieser Citate den Satz unerwähnt läßt: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ Damit erklärte der Stifter, daß der Kirche, welche er gestiftet, eine irdische Gewalt in keiner Beziehung eingeräumt sei. Er sagte wohl: „Wie mein Vater mich gesendet hat, so sende ich Euch“, aber er fügte hinzu: „Geht hin in alle Welt und lehret die Völker das, was ich Euch gelehrt“, aber er sagte keineswegs: „Geht hin in alle Welt und gebietet allen Völkern.“ Ebenso wenig sagte er: „Gebt ihnen Gebote, die als Rechtsvorschriften gelten sollen.“ Auch trug er ihnen auf, dasjenige zu lehren, was er selbst sie gelehrt hatte, nimmermehr aber lehrte er, daß die Forderungen, welche die Apostel und ihre Nachfolger an den Staat stellen, auch unweigerlich vom Staate beobachtet und zu Rechtsvorschriften werden müssen. Wenn einem göttlichen Rechte kann daher nimmer die Rede sein. Die Rechte der katholischen Kirche sowie die aller übrigen

und als Künstler. Er wollte, als er den Zettel las, gar nicht spielen, sondern sogleich auf gut Glück weiter reisen; aber die Verzweiflung des Directors, welcher schon seit lange auf die Einnahme dieses Abends seine kühnsten Hoffnungen gründete, und mehr noch Wiesels Zureden hielten ihn von der Ausführung seines Vorhabens ab.

„Warum hältst du dich“, sprach dieser, „über die Art und Weise auf, oder vielmehr über die Tonart, in welcher wir in die Posaune stoßen? Das hiesige Publicum, und das meiste ist so, das hiesige nur der etwas caricirte Repräsentant des gesammten, verlangt keine zarten und weichen Arien, die wir ihm vorblasen; ihre Herzen und ihre Sädel sind fest und hart wie die Mauern von Jericho, und wir müssen tüchtig in die Trompete stoßen, ehe etwas Geld aus den Sädeln fällt. Und was haben wir denn so entsetzliches gethan, das dich so erschüttert? Wir haben aus dem Titel eine Art von Pleonasmus gemacht. Er gilt gleichsam als Prolog oder als der Chor der Alten, welcher beim Auftreten schon die Fabel des ganzen Stückes verkündete. Auf den bloßen, einfachen Titel: „die Schuld“ wäre kein Mensch ins Theater gegangen, aber die Spanier will jeder sehen, vorzüglich im Norden, von welchem Nachsage sie hier eigentlich nicht wissen, ob es eine Stadt oder ein Land oder ein ungewöhnlicher Anzug ist. Stünde auf dem Zettel: „das Glück des Hauses Derindur“, so ginge wieder kein Mensch hinein, weil es viel angenehmer ist, den Untergang und das Unglück anderer zu betrachten, als ihre Freude. Auch glauben sie, wie mehrere mir schon gesagt, daß etwas vom Erdbeben vorkommen müsse, weil ein ganzes Haus untergehe, und ich ließ sie dabei. Daß wir dem Hugo und Valeros mehrere Schlösser in

Skandinavien und Spanien schenken, müssen uns die beiden Familien Dank wissen, nur müssen sie selbe nicht etwa von uns fordern, wenn vielleicht noch einige Erben existieren sollten. Daß auf dem Zettel steht: Otto sei ein sehr gescheiter Knabe, ist eben so nothwendig, weil sonst die Leute darüber lachen, daß der Otto solche Dinge redet, welche hier der älteste und gescheiteste Mensch nicht weiß. Was über dich selbst gesagt wird, kann dir nur angenehm sein, obwohl sich Rosenfrisch sehr darüber ärgert. Rosenblüths Nachsage: das Leben sei der Güter höchstes nicht, ist, auf uns angewendet, sehr wahr, wenn es das Leben bedeutet, was wir führen, und daß der Uebel größtes die Schuld sei, davon ist ein hiesiger Fleischauser sehr durchdrungen, wie er mir selbst gestand, weil er die Schuld, die er bei Rosenblüth ausstehen hat, gar nicht wieder bezahlt bekommen wird. Jetzt quelle dich nicht mehr über so nichtige Dinge, die du alle bei uns gewohnt werden wirst; und nun komme zur Probe, an welche du dich aber eben so wenig stoßen mußt, als an den Zettel.“

Bei der Probe waren schon alle versammelt. Auch Winterhaar ging sehr stolz auf den Brettern herum. Fritz fragte den Director um sein Costüm, dieser aber versicherte, es werde alles am Abend bereit sein.

Die Probe war für Fritz nichts weniger als befriedigend. Elvira-Leidenqual wiegte ihr Kind und sagte nur immer ihr Schlagwort. Aurora tanzte herum und machte sich den großen Spaß, Herrn Rosenfrisch immer einen papierenen Paarbentel anzuhängen, und wollte sich darüber todtlachen. Rosenblüth kannte von seiner Rolle kein Wort, Lebermeyer hatte sich in der Rolle des Colbert eine lange Rede und einen Abgang eingelegt, weil

sie ihm zu kurz war; Rosenfrisch aber raisonnirte in einem fort darüber, daß er den Holm spielen wisse, da gar nicht in sein Fach schlage, da er doch auf bedeutenden Bühnen mit dem größten Beifalle den Hugo gespielt, und Tausendstön markierte seine Reden nur mit halber Stimme, um sein Organ zu schonen. — Wiesel, der heute soufflirte, sagte dem Director lauter andere Reden vor, als in der Rolle standen, welche dieser nachsprach, und alle Augenblicke confus ward.

Winterhaar aber war selig, daß er wieder einmal spielen sollte, und erzählte immerwährend, wie er heute köstlich angethan erscheinen werde.

Doch konnte er es nicht unterdrücken, es Wieseln anzuvertrauen, wie mehrere aus dem Publicum über den heutigen Zettel aufgebracht wären. Mehrere, die heute bei ihm einsprachen, um ihr Brennmaterial zu kaufen, meinten: Es wäre sehr anmaßend von der Direction, einem verehrungswürdigen Publicum Vorschriften zu ertheilen, und sie wären fest entschlossen, heute nicht ins Theater zu gehen.

Der Fortschreiber meinte, er wäre mit seinen Hund und unter ihnen aufgewachsen, er würde sich daher nicht jetzt erst von ihnen trennen. Wo er wäre, müßten auch seine Hunde sein und ihrentwegen habe er, obwohl ledigen Standes, dennoch im Abonnement ein Theaterbillet genommen. Andere meinten, sie gingen ins Theater, um behaglich ihre Pfeife rauchen zu können, und die wäre ihnen lieber, als all das dumme Zeug, was gespielt würde, sie könnten nicht drei Stunden so trocken sitzen und der Wirth hätte sein Locale nur deshalb so wohlfeil hergegeben, weil bei dem Spectakel doch etwas Bier consumirt würde. Sie gingen daher lieber zu

gen Confessionen hat nur der Staat zu bestimmen. Auch der Staat ist göttlichen Ursprungs, wie die Gegner selbst zugeben, denn alle Gewalt ist von Gott; es ist nicht nur Rechtspflicht, sondern Gewissenspflicht, den Anordnungen des Staates Folge zu leisten, denn es heißt: „Seid Unterthanen nicht bloß der Strafe willen, sondern des Gewissens willen.“ Eben deshalb kann den Anordnungen des Staates nicht entgegengestellt werden, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen, weil es eben der göttliche Wille ist, daß die Anordnungen der Obrigkeit befolgt werden.

Man kann ebensovienig sich auf den Satz beziehen: „Gebt Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist“, denn wenn das Reich Jesu Christi nicht von dieser Welt ist, so kann unter dem, was man Gott schuldet, nur das Streben nach Tugend gemeint sein. Die Gegner geben diesem Satze die Wendung: „Gebt der Kirche oder vielmehr der Kirchengewalt, was Gottes ist, und dem Staate, was des Staates ist“, wodurch es den Anschein gewinnt, als ob der Kirche eine irdische Gewalt eingeräumt wäre. Da nun das Recht der Staatsgewalt so weit reichen muß, als der Staatszweck, aus welchem dieses Recht hervorgeht, so muß dieses Befugnis sich auf alle Handlungen der katholischen Kirche beziehen, insofern sie in einer Beziehung zum Staatszwecke stehen.

Es ist irrig, wenn ein Redner sagt, daß es sich hier um die Stiftung eines Staates des Unglaubens handelt. Immer wird der Einfluß der Religion und Moral von größtem Gewichte für die Staatsgewalt sein. Die Staatsgewalt muß bei der Bestimmung des Rechtsgebiets der Kirche nach ihrer eigenen Einsicht vorgehen und sich nicht unter die Gebote der Kirche stellen, sonst wäre die Staatsgewalt nicht Obrigkeit, sondern Unterthan, was sie selbst nach christlicher Anschauung nicht sein soll. Es kommt aber auch noch ein praktisches Moment dazu. Die Staatsgewalt kann es nicht vermeiden, nach ihrer eigenen Einsicht mit der Regelung der kirchlichen Verhältnisse vorzugehen, schon darum, weil es von jeher streitig war und selbst heutzutage nicht als unbestritten betrachtet werden kann, wer dann eigentlich Inhaber der höchsten Kirchengewalt sei und wem in höchster Instanz die Entscheidung über kirchliche Lehren zustehe.

Wenn wir die Kirchengeschichte betrachten, so finden wir ein trauriges, oft mit Blut bedecktes Bild der Zwistigkeiten zwischen der Staatsgewalt und der Kirche. In den ersten Jahrhunderten lag der Schwerpunkt der Kirche in den vier Patriarchen. Den römischen Papst dem heutigen Sinne kannte man nicht, seine Rechte waren auf seine Diocese beschränkt. Als er sich aber über die anderen Bischöfe zu erheben begann, erhoben sich dagegen die angesehensten Kirchenfürsten und es entstand daraus ein Kampf, in welchem ebenso der Papst die Bischöfe als die Bischöfe den Papst verdammt und verurtheilten. In diesem Kampfe behielten durch Jahrhunderte die Bischöfe die Oberhand.

Gleichen Schritt gingen auch die Zwistigkeiten über die Lehre selbst. Die Meinungen gingen so weit auseinander, daß man, um die Einheit aufrecht zu erhalten, zu dem Grundsatz seine Zuflucht nahm, daß nur dasjenige die Lehre ist, was von jedermann überall und zu allen Zeiten als solche anerkannt worden ist. Allein es entbrannte eben darum der Kampf, was als solche Lehre anzusehen sei.

Die Concilien erzeugten zunächst die größte Verwirrung. Man sieht die heiligen Väter manchmal mit ganz anderen als mit geistigen Waffen kämpfen; man sieht sie sich aus den Kirchen vertreiben, selbst in

den Affen, wo geraucht werden könne, so viel man wollte. Am meisten hielt man sich aber darüber auf, daß man mit Schlag sechs Uhr anfangen wolle. Die Komödie sei des Publicums wegen da und der Director müsse sich also nach diesem richten. Auch würde an dem Stücke nicht viel sein, weil unter den Personen keine einzige vorkomme, die irgend einen lustigen Namen trage; daher auch vom Ganzen kein besonderer Spas zu vermuthen. Auch wären vier Aufzüge für das viele Geld zu wenig, was die Komödie koste, und man hätte noch einen oder zwei dazu machen sollen. Dann wäre der Don Valeros schon gewesen, nemlich ein ehemaliger Gouverneur und ehemaliger Schwiegervater, sie aber wollten einen wirklichen Gouverneur und einen wirklichen Schwiegervater haben. Auch stehe nicht auf dem Zettel, ob das Stück schon in irgend einer Hauptstadt gegeben worden sei und wie es dort gefallen habe, denn das müßten sie doch erst erfahren, um zu wissen, ob das Stück etwas lauge, sie könnten doch hier keine Rage im Sacke laufen. Wiesel aber versicherte, daß er keineswegs an dem trübseligen der heutigen Vorstellung, noch an einer oder vielmehr seine Sterne heute zwei Rollen spielten und daher das Publicum einen doppelten Genuß erwarte; Wiesel Herr Winterhaar sehr freundlich lächelte und weil seiner Zufriedenheit ein Pfund Seife und mehrere Kerzen in die Tasche hob, die Wiesel wie Pfeile daraus hervorholten, so daß er von rückwärts gleichsam wie ein Vogel zu schauen.

(Fortsetzung folgt.)

Straßenkämpfe gerathen, so daß die griechischen Kaiser, um nur die Ruhe des Reiches aufrecht zu erhalten, ihnen entgegengetretend, Ordnung stiften mußten. In mehreren Fällen waren die griechischen Kaiser genöthigt, ihnen ein förmliches Stillschweigen über Zwistigkeiten aufzuerlegen.“

(Schluß folgt.)

Politische Uebersicht.

Laibach, 13. April.

Die „Nationalzeitung“ schreibt mit Bezug auf die im deutschen Reichstage anhängige Militärfrage: „Der Compromiß in der Militärfrage ist zu stande gekommen. Sr. Majestät der Kaiser hat auf das Anrathen des Reichskanzlers Fürsten Bismarck sich damit einverstanden erklärt, daß die im § 1 des Militärgesetzesentwurfes der Bundesregierungen geforderte Friedenspräsenz für das Reichsheer von 401,659 Mann auf die Dauer von sieben Jahren bis zum 31. Dezember 1881 festgesetzt wird. Im übrigen ist den Abänderungsvorschlägen der Militärcommission des Reichstages mit der Maßgabe zugestimmt, daß allein bezüglich der Communalbesteuerung der Militärpersonen keine Bestimmung getroffen, sondern die Regelung der ganzen Frage künftiger Reichsgesetzgebung vorbehalten bleiben soll. Es ist damit also auf die im Entwurfe der Bundesregierungen geforderte Ausdehnung der in Preußen bestehenden Steuerbefreiungen auf das übrige Reich ebenso verzichtet worden wie auf die von der Militärcommission vorgeschlagene Einschränkung dieser Befreiungen in Preußen auf das dienstliche Einkommen der Militärbeamten. Letzterer Vorschlag empfahl sich offenbar, da er nur eine Particulargesetzgebung ändern wollte, ebensowenig zur Aufnahme in ein Reichsgesetz wie der der Regierungen. Wir meinen also, daß mit dem Compromiß, wie er gewonnen ist, alle Theile sehr zufrieden sein können und daß der Patriotismus der nationalliberalen Partei, deren einstimmiges Eintreten dafür diesen Erfolg errungen hat, darin einen großen Triumph feiert.“ Das wichtigste Resultat dieses Compromisses erblickt aber die „Nat.-Ztg.“ darin, daß nunmehr wieder eine sichere Majorität für die Reichspolitik der Regierung gewonnen sei. — Das Abgeordnetenhaus vertagte sich wegen Unfähigkeit. Die nächste Sitzung findet wahrscheinlich am 27. April statt.

Bzüglich der Cabinetkrise und der daran geknüpften Gerüchte über Ministerveränderungen in Frankreich schreibt „La France“, diese könnten erst eintreten, wenn sich die monarchische Intrigue, welche gegenwärtig trotz der Dementis besteht, abgespielt haben würde. — In der Sitzung der Permanenzcommission der versailer Kammer motivierte der Duc de Broglie den vom Generalgouverneur Chanzy über die Stadt Algier verhängten Belagerungszustand mit dem Gesetz vom Jahre 1849, wonach die Verhängung des Belagerungszustandes in den Colonien ein Recht der Executive sei. Die Angelegenheit dürfte übrigens von dem algerischen Deputierten Lucet vor das Forum der Nationalversammlung zur Entscheidung gezogen werden. — Ein Rundschreiben des Justizministers anlässlich der Journalartikel, welche die Gewalten des Präsidenten Mac Mahon bestritten, sagt: Diese Gewalten sind über jeden Streit erhaben durch den unabänderlichen Beschluß der Nationalversammlung vom 20. November, der die Nationalversammlung und das Land gebunden hat und der den Verfassungsgesetzen, deren Verletzung bevorsteht, nicht subordiniert worden ist. Der Justizminister ordnet an, ihm alle Journalartikel anzuzeigen, welche das Gesetz verletzen und den Vertreter der unwiderstehlich gewordenen Machtverlängerung in Person oder bezüglich der Dauer der Gewalten anzugreifen.

Eine officielle carlistische Depesche von Pedro Abanto, 9. April, meldet: Serrano hat durch Vermittlung Elío's an Don Carlos Vergleichsanträge gerichtet, welche definitiv zurückgewiesen wurden. — Der Carlistenfürst Vassols wurde verhaftet. Die Truppen Tristany's und Saballs vereinigen sich in der Stärke von 6000 Mann bei Vich. Man glaubt, daß dieselben die Stadt Verga angreifen werden. Der Generalcapitän hält zwei Colonnen bereit, um dieselben auf die gefährdeten Punkte zu werfen. — Ein in Nord-Spanien befindlicher Berichterstatter der londoner conservativen „Hour“ will mit Bestimmtheit behaupten, daß der größte Theil der Regierungstruppen alphonisistischer Gesinnung sei und eine eventuelle glückliche Entsetzung Bilbao's als willkommenere Gelegenheit benützen würde, die alphonisistische Fahne aufzupflanzen; er fügt zur Erklärung mancher Andeutungen, welche neuerdings über die Entwicklung der Ereignisse im Carlistenkriege gemacht wurden, hinzu, daß in gewissem Sinne die Interessen des Präsidenten Don Carlos und des Marschalls Serrano identisch seien, da die Herrschaft beider auf schwachen Füßen ruhen würde, sobald die Armeen der Prinzen Alphonso proclamierte.

Tagesneuigkeiten.

— (Hofreise.) Die „Wiener Abendpost“ theilt das Programm der Reise Sr. Majestät des Kaisers von Rußland mit; darnach wird derselbe am 1. Mai von Petersburg abreisen, am 3. in Berlin ankommen, am

5. nach Darmstadt und Stuttgart abreisen, am 15. in Bonn anlangen, am 20. die Reise nach Ems antreten und am 18. Juni von dort nach Rußland zurückkehren.

— (Freiherr v. Lichtenfels), welcher in der Herrenhausitzung durch plötzliches Unwohlsein an der Vollendung seiner Rede gehindert wurde, hat an den Chef der Kanzlei des Herrenhauses, Hofrath Ritter v. Roschmann folgende Zuschrift gerichtet: „Da meine gegenwärtige Schwäche mir nicht gestattet, an den Beratungen des hohen Herrenhauses theilzunehmen, so bitte ich, dies und insbesondere meinen Austritt aus der Commission zur Berathung der confessionellen Gesetzentwürfe dem hohen Präsidium zur Kenntnis zu bringen.“

— (Von der Südbahn.) Baron Rothschild hatte am 12. d. mit dem italienischen Finanzminister und Arbeitsminister mehrere Besprechungen. Der Hauptzweck der Verhandlungen ist die Trennung des italienischen Netzes der Südbahn.

— (Zeitungs-Jubiläum.) Eine der ältesten Zeitungen Deutschlands, die Jenaische Zeitung, feiert am 26. d. M. ihr 200jähriges Jubiläum.

— (Kaulbach-Denkmal.) In München wird ein aus hervorragenden Künstlern, Beamten und Bürgern sich bildendes Comité zusammentreten, um über die Errichtung eines Denkmals den verstorbenen Director Dr. Wilhelm v. Kaulbach Berathung zu pflegen.

— (Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“) wird dem Vernehmen nach schon in den nächsten Wochen nach Stuttgart übersiedeln.

Locales.

Auszug aus dem Protokolle

über die

ordentliche Sitzung des I. L. Landes-Schulrathes für Krain in Laibach am 26. März 1874 unter dem Vorsitze des Herrn I. L. Hofrathes Fürsten Voithar Metternich in Anwesenheit von 6 Mitgliedern.

1. Nach Verlesung der seit der Sitzung vom 5. März 1874 eingelegten Geschäftsliste wird beschlossen, das Ansuchen um Zulässigkeitserklärung der Anton Förstner'schen Gesangsschule zum Unterrichtsgebrauch an den hiesigen Mittelschulen und verwandten Anstalten an das hohe Ministerium für Cultus und Unterricht vorzulegen.

2. Die Schlußberichte der Directionen des Staatsgymnasiums in Gottschee und des Staats-Realgymnasiums in Krainburg über das I. Semester 1873/4 werden zur Kenntnis genommen und die Belagen den Directionen mit einigen Bemerkungen rückgestellt.

3. Der prov. Lehrer in Preßina Johann Novak wird auf Grund der Präsentation des verstärkten Ortschulrathes daselbst definitiv angestellt.

4. Das Ansuchen des prov. Lehrers in Döbernit Johann Tomšić wird, da zur Erhaltung der Schule in Döbernit ein Beitrag aus Landesmitteln geleistet wird, unter Anschluß des Präsentationsactes im Sinne des § 7 des Landesgesetzes vom 29. April 1873, Z. 22 L. G. B., an den krainischen Landesauschuß zur Aeußerung, beziehungsweise Mitpräsentation geleitet.

5. Die vom Benefizianten in Döbernit Simon Robič zur Theilung einer hiesigen Lehranstalt übermittelte, aus 151 Species bestehende Sammlung von Moosen wird dem I. L. Real- und Obergymnasium in Rudolfswerth zugewendet und es wird beschlossen, dem Spender sowohl im Wege des I. L. Bezirksschulrathes in Krainburg, als auch durch die Laibacher Zeitung den Dank des Landes-schulrathes auszudrücken.

6. Auf Grund des § 46 des Reichs-Volksschulgesetzes vom 14. Mai 1869 und der Bestimmungen der hohen Ministerial-Verordnung vom 8. Mai 1872 wird beschlossen, die Abhaltung der ersten Landesconferenz in Krain für die diesjährigen Herbstferien anzuordnen, und zu diesem Behufe sofort ein Comité, bestehend aus dem I. L. Landeschulinspector Raimund Pirker, dem Director der I. L. Lehrerbildungsanstalt Blasius Grovath, dem Hauptlehrer an der I. L. Lehrerbildungsanstalt und I. L. Bezirksschulinspector Leopold Ritter v. Gariboldi und den beiden Oberlehrern und Leitern der städtischen Raabenvolksschulen Andreas Praprotnik und Leopold Belar, mit der Aufgabe zu betrauen, die Einleitung der Vorbereitungen für die Landesconferenz und die bezüglich zu treffenden Maßnahmen, ferner Ort, Zeit und Dauer und die zu verhandelnden Gegenstände einer eingehenden Berathung zu unterziehen und die einschlägigen Anträge und gefaßten Beschlüsse dem I. L. Landeschulrath bis Ende April d. J. zur Genehmigung vorzulegen. Weiters wird im Sinne der Min.-Bdg. vom 8ten Mai 1872 die Anzahl der in den Bezirkslehrerconferenzen für die Landesconferenz zu wählenden Abgeordneten der einzelnen Schulbezirke mit Rücksicht auf den Umfang derselben und die Anzahl der Lehrer in denselben für die Schulbezirke Littai und Tschernembl mit je einem, für die Schulbezirke Adelsberg, Gottschee und Krainburg mit je drei und für die übrigen Schulbezirke mit je zwei Abgeordneten festgesetzt, und es werden hievon die I. L. Bezirksschulräthe mit der Weisung in Kenntnis gesetzt, die Bornaahme der Wahl der Abgeordneten zu veranlassen.

7. Anlässlich des Berichtes des I. L. Landeschulinspectors für Volksschulen über die vorgenommene Inspecirung einiger Volksschulen in Innerkrain wird der I. L. Bezirksschulrath in Planina aufgefordert, in Absicht

auf die notwendige Erweiterung der zweiklassigen Volksschule in Zirkniz zu einer dreiklassigen, eventuell auf die Errichtung einer mindestens einklassigen Mädchenschule die erforderliche Einflußnahme zu betheiligen und bei der im Zuge befindlichen Regelung der Schulpfrenkel insbesondere dahin zu wirken, daß behufs Erleichterung, beziehungsweise Ermöglichung des Schulbesuchs für die Kinder der Ortschaften Kotel und Märtensbach die Ausschulung derselben aus dem bisherigen Schulpfrenkel und unter einem die Einschulung der ersteren nach Mauniz und der letzteren nach Orahovo durchgeführt werde; — weiters wird der k. k. Bezirksschulrath für den Landbezirk Laibach angewiesen, wegen der notwendigen Erbauung eines neuen Schulhauses in Oberlaibach die Verhandlungen mit den betreffenden Gemeinden, sofern dieses bisher noch nicht geschehen sein sollte, unverzüglich einzuleiten, durchzuführen und das Resultat anzuzeigen, ferner auf eine den Vorschriften entsprechende Einrichtung und Führung der Amtsschriften und Amtsbücher mit aller Strenge einzuwirken.

8. Die durch den Tod einer Lehramts Candidatin erledigten drei Stipendienraten werden dem Lehramts Candidaten Josef Ferdin zugewendet.

9. Anlässlich der vom 1. k. Bezirksschulrath in Rudolfswerth in Vorlage gebrachten, auf die Activirung und Eröffnung der Volksschulen in Sagraz und Maichau bezugnehmenden Verhandlungsacten werden die Jahresgehälter der daselbst anzustellenden Lehrer mit je 400 fl. festgesetzt und diese Schulen in die vierte Schulgeldklasse mit Feststellung des Schulgeldes von monatlichen 10 kr. für jedes Schulbesuchende Kind eingereiht.

10. Die sistamisirte Unterlehrerstelle an der vierklassigen Volksschule in Krainburg wird in eine Lehrerstelle verwandelt und der Jahresgehalt für dieselbe mit 400 fl. festgesetzt.

(Schluß folgt.)

— (Gemeinderaths-Ergänzungswahlen.)
Gestern gaben 332 Wähler des zweiten Wahlkörpers ihre Stimmen ab; gewählt wurden die Candidaten des Centralwahlcomité's des constitutionellen Vereines, und zwar die Herren: Dr. Friedrich Ritter von Rattenegger, Landeshauptmann, und k. k. Finanz-Procurator, mit 329; Leopold Bürger, Handlungsgehilfe, mit 317; Anton Paschan, k. k. pens. Regierungsrath, mit 271, und Raimund Huber von Ostrog, k. k. L.-G.-Rath, mit 254 Stimmen.

— (Ordensverleihung.) Herr B. v. Radt, der bekannte Redacteur des „Tiglav“, wurde mit der Verleihung des persischen Sonnen- und Löwenordens ausgezeichnet.

— (Aus der Generalversammlung der philharmonischen Gesellschaft.) Specialdebatte über den Statutenentwurf: Die §§ 1 bis einschließlich 3, 5 bis einschließlich 9, und 11 wurden debattelos angenommen. Bei § 4 wurde der Schlußsatz „Im Falle“ bis „Frei“ abgelehnt. — § 10 wurde dahin abgeändert, daß die Einschreibgebühr auf 2 fl., der Jahresbeitrag für Mitglieder mit Familie (drei Personen) auf 10 fl., ohne Familie auf 5 fl. fixiert wurde und jedes Familienglied über der Zahl drei durch einen Jahresbeitrag von 1 fl. das Recht zum Concerteintritte erlangen könne. — § 12 wurde dahin abgeändert, daß nur der Director als solcher von der Generalversammlung gewählt wird; die weiteren neun Directionsmitglieder werden wohl auch von der Plenarversammlung gewählt, aber die Zutheilung der verschiedenen Geschäfte unter sich bleibt ihrem eigenen Ermessen überlassen. — Die Fortsetzung der Specialdebatte findet am Sonntag den 19. d. vormittags um 10 Uhr im landschaftlichen Redoutensale statt.

— (Aus den Couliſſen) erfahren wir, daß die Proben zur erſten Opernaufführung, welche am Donnerstag den 16. d. ſtattfindet (für Logenbeſitzer ungerader Tag), vorzüglich vom Stapel laufen und uns bei der äußerſt angenehmen, heiteren Muſik und der mit komiſchen Szenen gewürzten Handlung ſehr angenehme Abende in Ausſicht ſtehen.

— (Krainische Landwirthschaftsgesellschaft.) In der am 12. d. stattgefundenen Sitzung des Centrales wurde das Programm für die auf den 6. Mai k. Z. anberaumte Generalversammlung entworfen. Die Gesellschaftsmitglieder erhalten dieses Programm nächster Tage zugestellt.

— (Der Turnlehrer Herr Gulielmo) wird den deutschen Turnunterricht fortsetzen und es wurden ihm vom hiesigen 1. I. Flakcommando die Turnlocalitäten der hiesigen Garnison zur Benützung gestellt. Gulielmo wird auch mit den 1. I. Unteroffizieren der hiesigen Garnison einen militärischen Turnkurs durchmachen. Gulielmo wird auch jüngeren Knaben und Mädchen systematischen Turnunterricht erteilen, wird auch Gymnastik üben, welche eine vortreffliche Wirkung auf körperliche Entwicklung und Kräftigung zur Folge hat. Diese Unterrichtscurse verdienen ganz besondere Beachtung vonseite der hiesigen Bevölkerung. Herr Gulielmo beabsichtigt, demnächst zum Vortheile des „russischen Schulpennings“ einen Vortrag über den „deutsch-französischen Krieg 1870/71 und seine kulturhistorische Bedeutung“ zu halten.

— (Zur Lage der Volksschullehrer.) So eben erhalten wir eine Jeremiade aus Landstrass in Unterkrain, worin Klage geführt wird, daß die Volksschullehrer im gursfelder Schulbezirke in diesem Jahre noch „keinen Kreuzer auf ihren blutig verdienten Gehalt“ bezogen haben sollen. Der größte Theil dieser Lehrer habe seine Ersparnisse aus früherer Zeit bereits aufgezehrt und sei nun in der Zwangslage, Schulden zu machen. Für verheirathete, mit Kindern reich gesegnete Schullehrer seien durch dieses Säumnis schwere Tage gekommen. Diese Situation würde mehreren Lehrern Anlaß geben, Krain zu verlassen und in der nachbarlichen Steiermark eine bessere Existenz zu suchen.

— (Steiermärkische Escomptebank.) Der Verwaltungsrath vollzog die Wahl des Präsidiums. Da Herr J. Oberranzmayer, der seit fünf Jahren an der Spitze des Institutes gestanden und die Entwicklung desselben mit aller Sorgfalt überwacht hatte, die Wiederwahl entschieden ablehnte, wurde Herr Fr. Stocklasa zum Präsidenten neu- und Herr E. Gutschick zum Vicepräsidenten wiedergewählt.

— (Tirlianer Bahnen.) Die General-Inspection für Eisenbahnen schreibt die Offerte für die Herstellung der Unterbauten der Linien Divogga-Pola und Confanaro-Rovigno aus. Die Bau-Arbeiten werden in 14 BauLOSE eingetheilt. Auf der ganzen Strecke kommt nur ein Tunnel von 340 Meter Länge vor.

Ausweis

über den Stand der Blatternepidemie in Paisach
vom 9. bis inclusive 11. April 1874.

Vom letzten Ausweise sind in Behandlung verblieben 9, seither sind zugewachsen 6, gestorben 1 Weib, in Behandlung verblieben 11 Personen. — Seit Beginn der Epidemie sind 408 Blatternranke amtlich gemeldet worden, von diesen sind 322 genesen und 75 gestorben.

Im landschaftlichen Filtalsspitale in der Polanavorstadt waren am 9. d. M. 12 Kranke, da 1 zugewachsen ist, am 10. und 11. d. M. unverändert 12 Kranke.

Stadtmagistrat Laibach, am 12. April 1874.

Neueste Post.

(Original-Telegramm der „Laibacher Zeitung“.)
Berlin, 14. April. Reichstagsdebatte
über das Militärgesetz. Nachdem der Bundes-
commissär Voigts-Mheeg, die Minister Del-
brück und Camphausen und schließlich Mar-
schall Moltke gesprochen, werden sämtliche
Amendements verworfen und § 1 nach dem
Vermittlungsantrage Bennigsens mit 224
gegen 146 Stimmen angenommen.

Belgrad, 13. April. Der Sultan hat seinen Oberceremonienmeister und seinen Adjutanten nach Varna entsendet, um daselbst den Fürsten Milan zu begrüßen. Der Fürst wird die Reise nach Constantinopel auf den Nacht „Petrew Biale“ machen; in seiner Suite werden sich etwa 40 Personen befinden.

Rom, 13. April. Die „Opinione“ meldet, die Regierung habe sich mit Rothschild dahin geeinigt, Schiedsrichter zur Lösung der zwischen der Regierung und den oberitalienischen Bahnen schwebenden Fragen zu ernennen. Alle Gerüchte bezüglich Unterhandlungen, welche nicht die Differenzen zwischen dieser Eisenbahn-Gesellschaft und der Regierung zum Gegenstande haben, entbehren der Begründung.

Telegraphischer Wechselkurs

Papier-Rente 69.15. — Silber-Rente 73.60. — 1868er Staats-Anlehen 103.—. — Bank-Actien 956. — Credit-Mobilier 196.—. — London 111.70. — Silber 105.—. — R. t. Münz-Acten. — Napoleons'or 8.92 1/2.

Handel und Volkswirthschaftliches.

Rudolfswerth, 13. April. Die Durchschnitts-Preise
stellten sich auf dem heutigen Markte, wie folgt:

	fl.	fr.		fl.	fr.
Weizen per Megen	8	30	Eier pr. Stüd . .	—	12
Korn	6	—	Milch pr. Maß . .	—	30
Gerste	4	70	Rindfleisch pr. Pfd.	—	80
Safer	2	60	Kalbsteisch	—	—
Halbfrucht	6	40	Schweinefleisch	—	—
Heiden	4	60	Schöpfensfleisch	—	—
Hirse	4	60	Häbndel pr. Stüd .	—	—
Kukuruz	5	—	Tauben	1	80
Erdbäpfel	2	30	Hen pr. Zentner .	8	80
Linfen	—	—	Stroh	6	80
Erbsen	—	—	Holz, hartes 32", Kst.	—	—
Fisolen	7	20	— weiches,	9	—
Rindeschmalz pr. Pfd.	—	50	Wein, rother, pr. Eimer	9	—
Schweineschmalz	—	44	— weißer	—	—
Speck, frisch,	—	—	Hafen pr. Stüd .	—	—
Speck, geräuchert Pfd.	—	—	Wildenten pr. Stüd	—	—

Angesommene Fremde.

Am 14. April
Hotel Stadt Wien. Zimmer, Klaus, Quis, Janowitz, Gollan-
 ger und Mohl, Reisende, Wien. — Schuster, Priv., Gottsche-
 — Kurz, Privatier, Gilt.
Hotel Elefant. Kuralt, Gew.-Verwalter, Marburg-
 Netter, Frankfurt. — Dr. v. Helle, Mediziner, Ungarn.
 Drussich, Studirender, Wien. — Zalkisch, Handelsm., Preßburg.
 — Martner, Photograph, Padua. — Kropper, Obertrain.
 Ponsé, Cernibergh. — Mandels, Lad. — Familie Perelfin.
 Udine.
Mohren. Eisenhändler, Handelsm., Ungarn. — Stuber, Esche-
 nembl. — Garzel, Steiermark. — Ruß, Reif, Graz. — Klap-
 Reif, Möbrenstern.

Lottoziehungen vom 11. April.

Triest: 1 47 52 7 53.
 Singa: 69 64 50 43 49.

Meteorologische Beobachtungen in Loibach.

April	Seite	der Beobachtung	Barometerstand im Stillstand auf 0° E. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Wetter	Thermometer	Barometer
14.	611. Wg.	716.64	+13.2	SD. heftig	ganz bew.	13.55		
	2. N.	717.00	+13.3	ND. (schwach)	ganz bew.	Regen		
	10. N.	719.82	+10.0	ND. f. schw.	ganz bew.			

Morgens der Barometer rasch gefallen, heftiger Süd-
ostwind, vors- und nachmittags abwechselnd Regen, Wolkung
aus Osten, abends Regen. Das Tagesmittel der Wärme + 12.5°
um 3.1° über dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: August v. Kleinmahr.

Börsebericht.

Börsebericht. **Wien**, 13. April. Die gestern veröffentlichte Bilanz der Anglobank wurde mit Befriedigung aufgenommen und belebte den Markt. Die Kurse besserten sich infolge dessen auf der ganzen Linie. Nur Dampfschiffactien waren stark rückgängig, wahrscheinlich infolge eines Executionsverkaufes. Die wiener Communalanleihe wurden constant mit $1\frac{1}{2}$ bis 2 Gulden Aufgeld gehandelt.

Mais	Rente	Geld	Bare	Depositenbank	Geld	Bare	Rudolfs-Bahn	Geld	Bare	Südbahn à 3%	Geld	Bare
Februar	(. . .)	69 30	69 40	Eskomptenbank	855 —	860 —	Staatsbahn	315 —	315 50	" 5%	110 30	110 50
Jänner	Silberrente	74 —	74 10	Franco-Bank	32 25	32 75	Südbahn	147 —	147 25	Südbahn, Bone	96 25	96 75
April	(. . .)	74 —	74 10	Handelsbank	78 50	79 —	Eisig-Bahn	216 50	217 50	Ung. Dsbahn	223 —	223 50
Kose, 1839		302 —	309 —	Länderbankverein	—	—	Ungarische Nordostbahn	107 —	107 50		65 25	65 50
" 1854		98 25	98 75	Nationalbank	958 —	960 —	Ungarische Dsbahn	49 50	50 —			
" 1860		103 75	104 —	Oesterr. allg. Bank	57 —	57 50	Tramway-Gesellsch.	141 50	142 —	Privatlofe.	159 50	160 50
" 1860 zu 100 fl.		110 25	110 75	Oesterr. Bankgesellschaft	200 —	201 —				Credit-L.	12 50	13 —
" 1864		138 50	139 —	Unionbank	106 75	107 —	Baugesellschaften.			Rudolfs-L.		
Domanien-Pfandbriefe		119 50	120 —	Bereinsbank	13 75	14 —	Allg. österr. Baugesellschaft	76 —	76 50			
Böhmen	Grund-	95 —	96 —	Berktschbank	98 —	100 —	Wiener Baugesellschaft	76 —	76 50	Wechsel.		
Galizien	ent-	77 75	78 25	Aktien von Transport-Unterneh-						Angsburg	94 10	94 30
Siebenbürgen	lassung	71 —	71 50	Alsföld-Bahn	138 —	138 50	Pfandbriefe.			Karlsruhe	94 15	94 45
Ungarn		74 25	74 75	Karl-Ludwig-Bahn	249 —	249 50	Allgem. österr. Bodencredit	94 75	95 25	Hamburg	55 05	55 15
Donau-Regulierungs-Lose		96 —	96 25	Donau-Dampfschiff.-Gesellschaft	515 —	517 —	dto. in 33 Jahren	84 —	84 25	London	111 80	112 10
Ung. Eisenbahn-Anl.		92 50	93 —	Elisabeth-Westbahn	195 —	196 —	Nationalbank d. B.	90 15	90 20	Paris	44 25	44 30
Ung. Prämien-Anl.		77 75	78 25	Elisabeth-Bahn (Kinz-Budweiser			Ung. Bodencredit	86 —	86 50			
Wiener Communal-Anlehen		85 10	85 30	Strecke)			Privatitäten.			Geldsorten.		
Aktien von Banken.				Ferdinands-Nordbahn	2050 —	2060 —	Elisabeth-B. 1. Em.	98 —	93 50	Ducaten	5 fl. 27 fr.	5 fl. 28 fr.
Anglo-Bank	Geld	130 75	131 —	Kaiser-Joseph-Bahn	195 —	195 50	Ferd.-Nordb. G.	105 50	105 75	Napoleonsd'or	8 " 94 "	8 " 95 "
Bankverein	Bare	67 —	68 —	Pemb.-Luzern-Jassy-Bahn	149 75	150 25	Kranz-Joseph-B.	101 90	102 10	Preuß. Kassascheine	1 " 66 45 "	1 " 66 60 "
Bodencreditbank		—	—	And-Gesellsch.	416 —	418 —	Gal. Karl-Ludwig-B., 1. Em.	—	—	Silber	1 " 5 " 15 "	1 " 5 " 15 "
Creditanstalt		197 75	198 —		182 —	183 —	Oesterr. Nordwest-B.	96 70	96 90			
Landbank		141 50	142 —				Siebenbürger	82 50	82 75	Krainische Grundentlastungs-Obligationen,		
							Staatshahn	136 —	136 50	Pränumerations-Geld	86 60	86 60